



Die AfD–Stadtratsfraktion Mainz hat sich bewußt als einzige Fraktion im Aufsichtsrat der ZBM von Anfang an nicht an der Arbeitsgruppe Vergütung beteiligt, weil zu Beginn bereits klar war, daß es einzig und alleine um eine Erhöhung der Aufsichtsratsvergütung in allen Aufsichtsräten der ZBM ging. Eine Erhöhung der Aufsichtsratsvergütungen lehnt die AfD ab und wird dieser auch nicht zustimmen.

Dazu Stephan Stritter, stellv. AfD–Fraktionsvorsitzender im Mainzer Stadtrat und ZBM–Aufsichtsratsmitglied:

„Eine Steigerung der Vergütungen in den Aufsichtsräten ist nicht gerechtfertigt. Es ist keine plötzliche Mehrbelastung für Aufsichtsratsmitglieder entstanden und es ist in der heutigen Zeit, in der durch die Corona–Maßnahmen viele Menschen massive finanzielle Einschnitte hinnehmen müssen und Existenzen vernichtet wurden unerträglich, wenn sich eine Mehrheit im ZBM–Aufsichtsrat die Vergütung mehr als verdoppeln will.

Leider ist das die Fortsetzung der Selbstbedienungspolitik in den stadtnahen Gesellschaften. Im Frühjahr wurde das Wohnbau–Geschäftsführergehalt von T. Will (SPD) rückwirkend massiv erhöht (bei Gegenstimme der AfD), obwohl gleichzeitig Mieterhöhungen umgesetzt wurden. Dann wurden ohne Ausschreibungen zwei neue rot–grün nahe Geschäftsführer für die Mainz-Plus Gesellschaft (bei Gegenstimme der AfD) durchgewunken und jetzt sollen die Vergütungen für alle Aufsichtsräte verdoppelt werden. Diese Politik wird von der AfD nicht mitgetragen.

Entlarvend ist die Haltung der selbsternannten Oppositionsparteien von CDU, Linke, ÖDP und Volt/Piraten, die eine Erhöhung der Aufsichtsratsvergütungen in der Arbeitsgruppe als Ergebnis bisher unterstützen und sogar, wie Hr. Schönig von der CDU, vorangetrieben haben“.

V.i.S.d.P. AfD–Stadtratsfraktion Mainz Geschäftsführung